

MARCELO ORTIZ VILLACIS

Agrarreform und politische Entwicklung in Lateinamerika

Ansichten eines Lateinamerikaners

Das Agrarproblem in Lateinamerika beruht auf dem Einfluß gewisser Faktoren, die in allen Bereichen der wirtschaftlichen Unterentwicklung wirksam sind. Die Wirtschaft organisiert sich im Gewand einer formalen politischen Demokratie, die den Erfordernissen zur Überwindung der Krise nicht gerecht wird. Vielmehr zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den Entscheidungen politischer Herrschaft und den Notwendigkeiten moderner Technik. Echte Agrarreformen, die der Beginn wirtschaftlicher Entwicklung im nationalen und übernationalen Bereich sein würden, werden auf diese Weise vereitelt.

Die bemerkenswertesten und weitestverbreiteten Kennzeichen der gegenwärtigen Agrarstruktur in Lateinamerika sind: einerseits Konzentration des Bodens in den Händen weniger; andererseits exzessive Zersplitterung und Erschöpfung des Bodens; rudimentäre Arbeits- und Vermarktungssysteme; rasches Bevölkerungswachstum und Ausschluß der Bevölkerung auf dem Land vom Prozeß der Urbanisierung und Industrialisierung.

Diese Situation hat geschichtliche Ursprünge; unsere Krise und unsere Zugehörigkeit zu den sogenannten „hungrigen Nationen“ oder den „unterentwickelten Gebieten der Erde“ sind aus ihnen abzuleiten. Doch erlaubt diese Gemeinsamkeit, zumindest potentiell, auch den Einsatz einer gemeinsamen Strategie wirtschaftlicher Entwicklung — einschließlich der Entwicklung im internationalen Handel mit Rohstoffen — und die Bildung einer gemeinsamen Aktionsfront.

In historischer Perspektive zeigen sich zwei Übergänge der politischen Macht: a) vom vorkolonialen „Kasten“regime zur spanischen Eroberung, b) vom Kolonialregime zur Unabhängigkeit der Republiken. Beide Ereignisse beruhen auf der Anwendung von Gewalt; in gewisser Weise sind sie das Ergebnis militärischer Aktionen mit unterschiedlicher Strategie, doch offensichtlich mit dem gemeinsamen Merkmal der Ablösung einer gesellschaftlichen Elite von der politischen Macht durch eine andere. In beiden Fällen blieb die gesellschaftliche Schichtung erhalten. Zwar erhöhte sich die horizontale Mobilität, doch die Mobilität zwischen den Schichten blieb die Ausnahme und wurde nicht zum dominanten Phänomen. Die Erhebungen der Kolonialzeit entsprangen Forderungen nur der städtischen Schichten. Die Erschütterungen wirkten zwar fort bis zu den Trägern der Macht und verhalfen einigen städtischen Gruppen zu Erfolgen; doch die

Landbevölkerung verharnte innerhalb der Grenzen, die ihr die exponierte Lage innerhalb der Gesellschaft aufgezwungen hatte, und lebte weiterhin unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die Führer der *criollos*, der in Lateinamerika geborenen Weißen, entsprachen lediglich den Forderungen ihrer engen Umwelt und sahen die Probleme nicht in ihrer Allgemeinheit.

Entsprechend rekrutierten sich die Führer der Emanzipationsbewegungen des 19. Jahrhunderts nicht aus zivilen Berufen. Vielmehr verfochten sie, mit ihrer militärisch-akademischen oder militärisch-praktischen Ausbildung, eine über die Grenzen der Nation weisende Strategie. In ihren Vorstellungen unterschieden sie zunächst weder einzelne Gebiete noch anerkannten sie die Verwaltungsgrenzen der *auchencias* und Vizekönigreiche; vielmehr sahen sie, in der Überzeugung, die Einzigartigkeit der spanischen Eroberung habe eine einzige Art' der Unterdrückung geschaffen, die Region als ein Ganzes. Ihre militärischen Aktionen richteten sich gegen den spanischen Kolonialismus und die Aufteilung der Region durch Grenzziehungen, und sie begriffen sich selbst und ihre Armeen als die Vorkämpfer der erstrebten Unabhängigkeit.

Die Unabhängigkeit berührte unter diesen Umständen die Sozialstruktur nicht und ließ das Problem der Landbevölkerung unerkannt. Doch sie führte unsere Politik in die Rüstung und versah sie mit Systemen der Verwaltung und Überwachung, die dem Schutz neuer und künstlich gezogener Grenzen — als dem konventionellen Hindernis nachbarlicher Expansion — dienen sollten. Im Innern aber gab sie die Möglichkeit der Aneignung großer Ländereien — zur Sicherung politischer Herrschaft und zur Verteidigung der Privilegien einer Oberschicht.

Die Legitimation ihrer bevorzugten Stellung bezog diese Oberschicht aus dem scheinbaren Wettstreit um die politische Macht, den sie anhand von Wahlen vorspiegelte. Das Beispiel hatten sie aus den entwickelten europäischen Ländern bezogen; unbesehen übertrugen sie es auf die Verhältnisse im spanisch und portugiesisch sprechenden Amerika. In jenen europäischen Ländern entsprach die Legitimation in dieser Form der gesellschaftlichen Realität; doch in unserem Fall wurde sie ein Instrument zur Monopolisierung der Macht in den Händen einer Minderheit.

Während sich Bestrebungen herausbildeten, dieser verfassungsmäßig angeordneten Unordnung zu begegnen, gelang es dem Militär allmählich, sich als vertrauenswürdig zu etablieren; von seiner politischen Haltung während der Unabhängigkeitskriege abweichend, gebärdete es sich neutral, behielt sich aber das Recht vor zu entscheiden, zu welcher Zeit es die Kasernen verlassen würde, um das bedrohte System zu verteidigen.

Doch auch andere Faktoren wirkten auf die politische Entwicklung unserer Länder ein. Zu erwähnen sind besonders die Einwanderungen infolge der beiden Weltkriege, zumal des ersten, und nicht zuletzt die Ausdehnung der nordamerikanischen Wirtschaft mit all ihrem Einfluß auf die politische Haltung und das politische Handeln.

Der Agrarsektor indessen verblieb an der wirtschaftlichen Peripherie; doch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts bewies er zum erstenmal seine gesellschaftliche Kraft, indem er entscheidenden Einfluß auf den Gang der mexikanischen Revolution nahm.

Die Agrarstruktur

Zur Verdeutlichung der Problematik bilden wir drei Gruppen lateinamerikanischer Länder, deren Agrarstrukturen jeweils ähnlich sind:

- a) Die mittelamerikanischen und karibischen Länder, die stark mit den wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten verbunden sind;
- b) die Andenländer, deren Bevölkerung zum größten Teil außerhalb der Geldwirtschaft lebt;

c) die La-Plata-Länder, in die eine große Zahl von Asiaten und vor allem von Europäern eingewandert ist.

Die Klassifizierung läßt Mexiko und Brasilien, die Einheiten für sich darstellen, außer Betracht. Bei beiden handelt es sich um riesige Gebiete, deren Bodenschätze und Energiequellen entweder ausländischen Gesellschaften gehören oder noch nicht ausgebeutet werden; das gilt nicht so sehr für das Mexiko von heute wie für Brasilien. Desgleichen bleibt Venezuela ausgeschlossen, das bereits eine Agrarreform eingeleitet hat, ohne indessen seine Probleme in anderen Bereichen gelöst zu haben (wie das des Erdöls, das dort größere Beachtung verdient als die Agrarfrage).

Die Krise erscheint am schärfsten zugespitzt in den Andenländern mit ihrer weitgehenden Konzentration des Eigentums an Grund und Boden sowie dem Ausschluß der Mehrzahl ihrer Einwohner vom gesellschaftlichen Prozeß. Etwa auf derselben Ebene stehen die mittelamerikanischen und karibischen Länder mit monopolistischer Exportwirtschaft und einer Eigentumsstruktur, die sich auf Großgrundbesitz mit Plantagenbewirtschaftung stützt.

In einer anderen Situation befinden sich die La-Plata-Länder. Auch dort ist das Eigentum an Grund und Boden in wenigen Händen konzentriert, doch erscheint infolge der fortgeschrittenen Entwicklung des industriellen Sektors die Krise weniger zugespitzt. Damit soll das Agrarproblem dieser Länder nicht verkleinert werden; es ist lediglich festzustellen, daß die revolutionären Tendenzen im Agrarsektor nicht unaufhaltsam zur Explosion drängen und vielleicht in die Kanäle des normalen politischen Prozesses noch einzumünden vermögen. Es sind Länder, in denen einige der Voraussetzungen zur Entwicklung ohne Bruch mit der legalen Kontinuität gegeben sind: Es gibt starke nationale Bewegungen und solide strukturierte politische Parteien. Diese Länder weisen eine gewisse politische Stabilität auf.

Der soziale Wandel

Die lateinamerikanische Geschichte belegt, daß die a priori getroffene Unterscheidung von Ländern mit besonders deutlichen Krisenerscheinungen und solchen mit weniger heftigen Symptomen berechtigt ist. Nach den politischen Revolutionen zu urteilen, deren Kern eine echte Agrarreform ist, also wesentlich *sozialer Wandel*, hat es Druck gegen die traditionale politische Macht nur in den karibischen und andinen Ländern gegeben, Druck im Sinne einer Auflösung der bestehenden Sozialstruktur: so in Mexiko 1917, Guatemala 1944, Bolivien 1952 und in Kuba 1959. Was die Machtergreifung anbelangt, gründen diese Revolutionen auf der Bildung nationaler Bewegungen, die sich den Ideologien der traditionellen politischen Parteien überlegen zeigten, indem sie das Militär entweder durch Mobilisierung der Massen verdrängten oder durch die Taktik des Guerillakrieges mit seinen überraschenden Aktionen aufrieben.

Was unsere Völker gesucht haben und suchen, ist eine politische Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme. Doch ich fürchte, sie tun es jetzt nicht mehr innerhalb der repräsentativen Demokratie auf dem Wege der Wahl, sondern außerhalb der Verfassung, die, als juristisches Hindernis, den Notwendigkeiten der Entwicklung im Wege stehen würde. Freiheit, nach dem gegenwärtig gültigen Begriff, verliert für sie den Sinn angesichts dessen, was Regierung und Informationsträger daraus gemacht haben.

Politische Gesichtspunkte

Fast anderthalb Jahrhunderte sind die lateinamerikanischen Länder dem Militarismus und Cäsarismus und ihren eigenen Oligarchien ausgesetzt gewesen, im allgemeinen jenen,

die auch das Eigentum an Grund und Boden in sich vereinigten, und sie werden es weiterhin sein, wenn nicht die Mobilisierung dieser Schichten einsetzt und das ganze Volk an den politischen Entscheidungen sich beteiligt.

Jedoch zeigen sich hier Auswirkungen der internationalen Beziehungen. Das Schlagwort von der kommunistischen Gefahr dient den Oligarchien zum Vorwand, ihre Geschäfte vorzugsweise mit den USA und — in geringerem Maße — mit anderen nichtkommunistischen Ländern zu machen, wofür sie im Austausch über die diplomatischen Vertretungen Ideologien gleichsam wie Handelswaren importieren und ihre Völker damit beschwichtigen. Dieses gefährliche Phänomen zeigt sich in vielen unterentwickelten Ländern, während die entwickelten Länder das Gegenteil praktizieren und vor aller Ideologie auf ihren wirtschaftlichen Vorteil sehen; sie sind Händler eher als Politiker.

Aus dieser Starre der inneren und äußeren Verhältnisse erklärt sich, daß der Aktionsbereich der Landbevölkerung beschränkt geblieben ist. Es hat keine Regierungen des Volkes und keine Regierungen für das Volk gegeben. Alle sprechen in seinem Namen, doch sie kennen es kaum. Diese Behauptung wird sinnfällig anhand der Zahlen über den Analphabetismus in Lateinamerika: die große Masse der Bevölkerung steht außerhalb des nationalen Lebens und bleibt unbekannt. Wer aber repräsentiert in den Parlamenten das Volk? Oder wen repräsentieren die Parlamente? Offensichtlich alles andere als das Volk. In den Parlamenten sitzen die politischen Parteien, aber das Volk hat keine Partei. Und wer weitere Belege braucht, wird finden, daß bei allen legislativen Akten auch die Beteiligung gewerkschaftlicher Organisationen — der städtischen und der faktisch inexistenten ländlichen — gering ist. Das heißt: etwa die Hälfte der Bevölkerung Lateinamerikas — die Landbevölkerung — ist politisch nicht repräsentiert.

Die stets städtisch gesinnten politischen Parteien, einschließlich der sich links gebärdenden, sind stockkonservativ. All die Ismen sind nichts weiter als ein notwendiger Aufwand von Worten im Wettstreit um die Macht, sowohl in den Verlautbarungen der Oligarchie als in der Demagogie der *cauchillos*. Unsere Parteien mißbrauchen ihre eigenen Dogmen, mehr noch aber die historisch gerechtfertigten Forderungen ihrer eigenen Völker. Die Mittelklassen indessen, sobald sie Gelegenheit hatten, ihre Länder neu zu gestalten, erlitten Enttäuschungen durch die Oligarchie, setzten einen mittelmäßigen Führer ans Ruder oder schwächten selber ihre kämpferische Position, indem sie das Bewußtsein ihrer Repräsentanten korrumpierten. Das alles geschah und geschieht im Namen von Minderheiten unter dem demokratischen Gewand der Abstimmung. Doch für wen stimmen diese Minderheiten? Für einen Oligarchen unmittelbar oder für seine Diener aus den politischen Klubs, die sich selbst als Wählerparteien bezeichnen? Es wäre hinzuzufügen, daß dieselbe Oligarchie die Wahlkampagnen in Lateinamerika bezahlt.

Am eigentlichen Agrarproblem zielt unter diesen Umständen jedwede politische Richtung vorbei. Es ist schwierig, *auf verfassungsmäßige Weise* die Polarisierung des Bodenbesitzes in dem Sinne aufzuheben, daß die 90 vH der landwirtschaftlichen Besitzungen unter 100 ha auf Kosten der restlichen 10 vH sich ausdehnen. Daran ändern auch die Nachrichten der Zeitungen nichts, die jederzeit von Preiserhöhungen bei Bananen, Kakao, Kaffee, Kupfer und anderen Exportartikeln reden: als ob diese Erhöhungen, die zunächst Tausende oder Millionen Dollar zugunsten der Oligarchie bedeuten, sich in den miserablen Löhnen der Landarbeiter auswirken.

Aus all diesen Gründen ist nicht zu erwarten, daß die Probleme der Landwirtschaft das Handeln und die Haltung derer wirksam beeinflussen, die dafür verantwortlich sind und ihrer Verantwortung mit zaghaften Reformgesetzen nachzukommen glauben. Anders ausgedrückt: sie versichern, die Probleme der „unteren Massen“ zu lösen, ohne aber die Sozialstruktur ändern zu wollen. Der Bauer hat niemals Gesetze gehabt, die ihn schützen, und wenn irgendeine Generalklausel zu seinen Gunsten sprach, stand sie verloren irgend-

wo im Zivilgesetzbuch. Wie sollte man auch denken, daß die Landherren die Grundlage ihrer Herrschaft — eine Herrschaft von Familien — ändern und schwächen könnten? Im Gegenteil: zur Stärkung ihrer Stellung nehmen sie mit Bedacht ihren politischen Einfluß in der Stadt wahr, einen Einfluß, der im Zuge der raschen Entwicklung der modernen Gesellschaft wächst und weiter wächst, indem sie mit protektionistischen Maßnahmen die Industrie fördern und so den Lebensstandard der Arbeiter, verglichen mit dem der Landbevölkerung, anheben.

So richten sich auch alle fortschrittlichen Bemühungen und Einstellungen auf die Stadt: den Ort, wo Polizei und Militär, wohlversehen mit wachsenden Budgets, Wachsamkeit und Unterdrückung üben und wo sich die Hoffnung als Illusion erweist, daß durch Regierungsbeschluß eine strukturelle Änderung der Verhältnisse bewirkt werden könne. Vielmehr steigen in unseren Ländern die Ausgaben für Polizei und Militär, während die Ausgaben für landwirtschaftliche Entwicklung stagnieren.

Der Wahlkampf

Der Aufstieg zu einflußreichen Positionen, selbst wenn er politischen Einfluß auch auf dem Land voraussetzt, hat bisher weder auf Grund wahltaktischer Erfordernisse noch auf Grund des sozialen Drucks selbst einen nachhaltigen Anstoß zur Lösung des Agrarproblems gegeben. Ihre Marginalstellung verurteilt die Landbevölkerung zu politischer Bedeutungslosigkeit; im Wahlkampf wird um ihre Stimmen kaum geworben. Das erklärt sich weniger aus ihrem Analphabetismus als aus ihrer politischen Unmündigkeit — ein Phänomen, dessen Beseitigung Aufklärungsarbeit der Parteien und Förderung des öffentlichen Lebens durch eine verantwortungsvolle Regierung erfordert, Aktionen der politischen Alphabetisierung also, jedoch nicht als ideologische Indoktrinierung, sondern als Vermittlung von Kenntnissen über die wesentlichen politischen Institutionen und Prozesse.

Indessen spielt die Landbevölkerung bei allgemeinen Wahlen unbewußt die Rolle eines voluminösen Hilfstrupps traditionaler — konservativer oder liberaler — Parteien, und ihre Entscheidung, hinsichtlich möglicher Abweichungen kontrolliert, erfüllt stets die quantitativen Voraussetzungen des Triumphs. Der Wahlsieg beruht auf dem Kalkül, nicht auf der Überzeugung. Die politische Tätigkeit der Parteien auf dem Land beschränkt sich daher weitgehend auf die Zeit der Wahl, zur Ausbalancierung der Stimm-ergebnisse; ist die Wahlkampagne beendet, verlassen sie ihre Kampfstellungen.

Anders ist die Taktik der lateinamerikanischen Linksparteien. Sie bewegen die Landbevölkerung zur Teilnahme an Wahlen nicht eines unmittelbar realisierbaren Zwecks wegen, sondern nach den Erfordernissen einer Strategie, welche die Grundlage zur Erringung politischer Macht durch die Landbevölkerung erst legen soll. Manifestationen dieser Taktik sind in den Brennpunkten sozialer Spannungen zu beobachten, insbesondere in ländlichen Siedlungen mit Verwaltungsfunktionen oder in privaten Großgrundbesitzungen, in denen man solche Spannungen mit handfesten Methoden zu neutralisieren versucht. Zur wachsenden Bedeutung dieser Bewegungen trägt wesentlich die gewerkschaftliche Organisation der städtischen Industriearbeiter bei: Sie veranlaßt die Legislative zur Beeinflussung ähnlicher Tendenzen auf dem Land, indem sie versucht, Bewegungen dieser Art entweder in ihrer Haltung zu mäßigen — wie im Fall der Landarbeitergewerkschaften Brasiliens, besonders im Nordosten — oder aber in ihren Aktionen zu radikalisieren — wie im Fall der *Ligas Camponesas*, die in derselben Gegend von *Julião* angeregt worden waren.

Historisches Vorbild dieser Bewegungen ist ein schwaches Abbild der russischen und mexikanischen Revolution; der Zeitgeschichte entnehmen sie das Beispiel der kubani-

schen Revolution, deren Erfahrungen freilich, da Cuba sich ins linke politische Lager begeben hat und aus der OAS als der regionalen Allianz entlassen wurde, nur mittelbar, über die Kanäle technischer Kommunikation, verbreitet werden können. Denn wenn auch diese Agrarrevolution im Gebiet Lateinamerikas selbst vonstatten ging, so löste doch die weitere Entwicklung Cubas — seit dem zweiten Jahr nach dem Triumph — die Beziehungen zum Kontinent allmählich auf.

Es ist unzweifelhaft und merkwürdig zugleich, daß die integralen Elemente des Agrarproblems, Unter- und Oberschicht in ihrer Polarisierung, in gleicher Weise Furcht vor einer Veränderung zeigen: die Oberschicht bangt um ihre gewohnheitsmäßigen Einkünfte, und die Unterschicht vermag nicht die Barrieren ihres Bildungsstands und ihrer Lebensgewohnheiten zu übersteigen, die sich zur katholischen Mystik oder — allgemeiner gesprochen — zu ihrem Glauben an das Übernatürliche gesellen.

Die neuen politischen Konzeptionen, wie sie die lateinamerikanische Linke vorantreibt, vermögen daher nicht wirksam einzudringen — besonders in den Ländern der Anden und des Karibischen Meers —, obwohl sie die Agrarstruktur in ihren Grundlagen angreifen. Die einzigen unmittelbaren Erfolge dieser Versuche sind die Einführung bestimmter rechtlicher Ansprüche der Landbevölkerung in Statuten und Arbeitsgesetzen sowie die Vermittlung einiger Kenntnisse über Möglichkeiten der Einflußnahme auf die nationalen und lokalen Machttträger, damit auch über Möglichkeiten der Konfliktlösung zwischen Stadt und Land.

Alle diese Schwierigkeiten begünstigen die Ziele der traditionellen Parteien, insbesondere der konservativen, die auf Grund ihrer ausgeprägten klerikalen Politik die beherrschende Rolle spielen und sich auf ihre natürliche Führerschaft in den ländlichen Gemeinden stützen können. Der Appell an das Gewissen des religiös orientierten Wählers macht die ständige politische Diskussion überflüssig. Der Politiker aber lernt auf diese Weise die Bedingungen, unter denen die Landbevölkerung lebt, nicht kennen. Nachträglich, falls er eine politische Machtposition erreicht, erfährt er von den Agrarproblemen durch die Vertreter der ländlichen Besitzinteressen — die einzigen, die überhaupt intervenieren. Es versteht sich, daß aus diesem Grund alle Pläne und Entwürfe aus der Haltung der traditionellen oder neuen bürgerlichen Eliten gestaltet werden.

Das revolutionäre Ferment

Die Stellung der Bauern und Landarbeiter bleibt den elitären Schichten weitgehend verborgen, ebenso ihr ständiger Kampf um Bodenbesitz und höhere Einkünfte, der auf Grund ihrer Unfähigkeit zu heroischer Aktion und zur Erfüllung ihres geschichtlichen Auftrags vergeblich bleibt. Sie verfügen nicht über eigene gewerkschaftliche Organisationen oder Kollektivverbände, die sie zu ihrer Verteidigung — gegenüber der traditionellen Herrschaft einer Minderheit — auf lokaler und überlokaler Ebene einsetzen könnten. Der Kampf um den Boden bleibt außerhalb der geschriebenen Geschichte und dringt nicht ins öffentliche Bewußtsein. Der Aufstand auf dem Land geht auch nicht ein in die politischen Entscheidungen.

Sofern die Landwirtschaft auf Großgrundbesitz beruht, ist die Bildung eines revolutionären Bewußtseins nicht leicht zu erreichen — es sei denn auf lange Sicht, angesichts der wahrnehmbaren Vorteile der Exportwirtschaft und der Existenz ausländischer Plantagen, deren Besitzer häufig selbst an Ort und Stelle leben und arbeiten. Auf den einheimischen Latifundien hingegen ist die wirtschaftliche und soziale Unterdrückung größer; doch sind hier — freilich auch erst auf lange Sicht — die revolutionären *Zellen* am kräftigsten: Sie haben unmittelbar erfahren, daß die Milderung oder Beseitigung ihrer Abhängigkeit nur durch Ablösung des Herrschaftssystems im landwirtschaftlichen Betrieb

erfolgen kann. Zusätzlich verstärken kollektives Leben und kollektive Arbeit die soziale Kohäsion — ein Phänomen, das sich in der Bevorzugung kooperativer Bewirtschaftung gegenüber der ausschließlich individuellen ausdrückt und das auf diese Weise auch zur Herausbildung neuer Haltungen gegenüber dem Besitz an Grund und Boden beigetragen hat. In den am meisten geschwächten Sektoren indessen, in denen das Verhältnis von Besitzenden und Besitzlosen überaus prekär ist, führt die Agitation zu plötzlich aufflackernden Revolten, die bisher stets im Blut verloschen sind.

Der Zugang zur Macht

Das Problem bleibt ungelöst, solange die Bildung von wirksamen Interessenvertretungen gegenüber der politischen Macht vereitelt wird — sei es auf Grund des niedrigen Bildungsstands der Landbevölkerung, sei es, weil die Werkzeuge der Unterdrückung ihre Forderungen ersticken oder ihre revolutionären Bestrebungen stören.

Die traditionellen Parteien und ihre opportunistischen Fraktionen erwarten die landwirtschaftliche Entwicklung in der Einseitigkeit, welche die Oligarchien ihnen nahelegen. Daher berühren die Agrargesetze unserer Länder — die eher von den technischen Erfordernissen nationaler Entwicklung als von der Landbevölkerung diktiert sind (und die man in vielen Ländern kühn „Agrarreform“ nennt) — nicht den Ursprung des Problems, den schlecht verteilten Grund und Boden; sie stellen der Enteignung unüberwindliche Hindernisse entgegen, die den Vorteil der Oligarchie nicht schmälern. Zeigt sich indessen der ernsthafte Versuch, ihn dennoch zu schmälern, wechseln die Oligarchien die Regierung aus.

Wenn — was ausnahmsweise geschieht — ein Agrargesetz verabschiedet wird, das den Partikularinteressen eine Grenze setzt, so veranstalten die Betroffenen einen Boykott; und da es kein Gleichgewicht der Meinungen im Sinne einer Beteiligung der Landbevölkerung gibt, verschieben sie die Ausführung, um ihren Verwandten Eigentum zu übertragen oder um substantielle Eingriffe am Gesetz selbst vorzunehmen. Die Regierung aber gewinnt nicht die notwendige Unterstützung der Landbevölkerung, die ihr erlaubt hätte, den Absichten der Opposition Widerstand zu leisten: denn die weitläufige offizielle Deklaration über die Verabschiedung eines Agrarreformgesetzes hat die ländlichen Massen nicht beeindruckt oder gar begeistern können.

Was offensichtlich fehlt, um die unmittelbare Ausführung solcher Gesetze zu ermöglichen, ist eine günstige „Konjunktur“ oder, wie der FAO-Experte *Barracough* es nennt, ein „Katalysator“, der für die Verwirklichung echter Agrarreformen unerlässlich ist — selbst wenn die übrigen erforderlichen Bedingungen gegeben sind. Diese „Konjunktur“ kann nur eine revolutionäre sein. Darum gibt es keine *echten* Agrarreformen, es sei denn durch die politische Mobilisierung der Landbevölkerung gegenüber der etablierten Herrschaft. In diesem Augenblick ist eine Agrarreform denkbar.

Die revolutionären Bewegungen aber dürfen nicht ausschließlich das Produkt der urbanen Welt sein, wo der terroristische Anschlag und der heimliche Kampf geübt werden; vielmehr müssen sie auf dem Land entstehen, auf der Grundlage einer Strategie, die vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Landarbeiter ausgehen mag oder von dem massiven Einbruch in die Latifundien, der die Eigentumsvorstellungen eines mittelalterlichen Rechts zu mißachten hätte.

Mit diesen Überlegungen ist die Forderung verbunden, daß auch die politischen Linksparteien in Lateinamerika ihr dogmatisches Vokabular aufgeben und statt dessen zu erkennen versuchen, was wirklich auf dem Land vorgeht — denn es besteht eine Kluft zwischen der politischen Proklamation städtischer Herkunft und einer, die vom Land ausgeht.